



Landtagswahl Brandenburg

Landtagswahl in Brandenburg

am 14. September 2014

Wahlanalyse

Endgültiges Wahlergebnis

Viola Neu

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu

Leiterin Team Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030 26996 3506
viola.neu@kas.de

Nico Lange

Stellv. Hauptabteilungsleiter
Politik und Beratung / Leiter
Team Innenpolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030 26996 3594
nico.lange@kas.de

1. Wesentliche Bestimmungsfaktoren der Landtagswahl¹ in Brandenburg 2014

Landtagswahlen in Brandenburg scheinen seit 1990 ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten zu folgen. Außer dem Ministerpräsidenten wird keinem anderen Politiker größeres Interesse geschenkt, auch wenn Dietmar Woidke nicht die Werte seiner Vorgänger erreicht. Zudem ist die politische Stimmung immer schlechter als in anderen (neuen) Ländern.

Auch bei dieser Wahl ist es keinem der Herausforderer gelungen, an die Popularität des Ministerpräsidenten, Dietmar Woidke, anzuschließen. In der Frage nach der hypothetischen Direktwahl des Ministerpräsidenten hätten sich im Duell Dietmar Woidke gegen Michael Schierack von der CDU Woidke mit 55:15 Prozent durchgesetzt. Gegenüber dem Herausforderer von der Linken, Christian Görke, hätte das Verhältnis bei 54:9 Prozent gelegen. Diese Werte kommen zustande, da im Falle der Linken die Mehrheit von 55 Prozent für den amtierenden Ministerpräsidenten votieren würde und der eigene Kandidat in der Anhängerschaft der Linken gerade auf 20 Prozent kommt. Innerhalb der CDU-Anhängerschaft hätten sich zwar 43 Prozent für den CDU-Kandidaten entschieden, aber im Vergleich zu anderen Wahlen ist auch dies ein eher niedriger Wert. Daher ist es nicht verwunderlich, dass Woidke über alle Lager hinweg ein positives Image hat. 70 Prozent aller Brandenburger sind der Ansicht, er mache seine Sache gut. Und es gibt keine Anhängerschaft einer Partei (inklusive der AfD), in der er nicht über 50 Prozent Zustimmung findet.

Diese Konzentration auf den Ministerpräsidenten prägt die politischen Einstellungen der Brandenburger schon immer, unabhängig davon, wie lange Politiker anderer Parteien in Brandenburg aktiv sind. Allerdings ist es Woidke trotz allem nicht gelungen, an die Bekanntheitswerte seines

¹ Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellten.

Vorgängers, Matthias Platzeck, heranzureichen: Während 70 Prozent Platzeck kannten, kommt Woidke auf 59 Prozent Bekanntheitsgrad. Die Kandidaten der Oppositionsparteien bleiben weitgehend unbekannt: Kerstin Kaiser (die immerhin seit 1990 in Brandenburg politisch konstant aktiv ist) kannten 2009 11 Prozent. Den Finanzminister und Spitzenkandidat der Linken, Christian Görke, konnten 2014 13 Prozent nennen. Da ist das Ergebnis des CDU-Spitzenkandidaten, Michael Schierack, mit 21 Prozent² Bekanntheitsgrad schon beachtlich, da er erst seit 2014 Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag ist. (Alle Angaben: Forschungsgruppe Wahlen).

So verwundert es auch nicht weiter, dass keinem der Kandidaten nennenswerte Eigenschaftsprofile zugeschrieben wurden, auch eine der Kontinuitätslinien Brandenburgs. In allen Eigenschaftsprofilen werden die Herausforderer nicht wahrgenommen und Eigenschaften nur dem Ministerpräsidenten zugeordnet. Die Unsicherheit der Befragten zeigt sich darin, dass Woidke zwar in allen abgefragten Themen Nennungen von über 20 Prozent erhält, aber etwa in gleichem Umfang entscheiden sich die Befragten für die Kategorie „kein Unterschied“, was eindeutig als ausweichendes Antwortverhalten gewertet werden kann. (Alle Angaben: Forschungsgruppe Wahlen).

In der Bewertung der Parteien konnte sich die SPD halten. 2009 kam sie auf 2,1 (auf einer von +5 bis -5 reichenden Skala). 2014 auf 2,2. Die Linke verbesserte sich leicht (von 0,4 auf 0,6). Und einen Imagegewinn hat auch die CDU zu verzeichnen (von 0,5 auf 0,8). Die FDP sackte auch in Brandenburg in ihrem Imagewert der allgemeinen Bewertung drastisch ab (von -0,3 auf -1,8), wobei Brandenburg für die Liberalen schon immer ein sehr hartes Pflaster war. Während die Grünen in ihrer Bewertung stagnieren, ist die AfD der polarisierende Faktor im Parteiensystem, welche (wie die NPD) von allen anderen Anhängerschaften sehr pointiert

² Johanna Wanka erreichte 2009 15 Prozent.

im negativen Bereich verortet wird. Von allen Befragten kommt sie auf einen Wert von -1,5, nur in ihrer eigenen Anhängerschaft wird sie deutlich positiv bewertet, ein Zeichen einer gewissen Wagenburgmentalität.

In den Koalitionspräferenzen gibt es keinen klaren Favoriten: Die Brandenburger bewerten grundsätzlich sowohl eine Regierung aus SPD und Linker als auch eine Koalition aus SPD und CDU gleich gut. 44 Prozent sprechen sich für Rot-Rot aus, 43 Prozent für Rot-Schwarz. Im Vergleich zur Vorwahl hat eine Große Koalition an Ansehen gewonnen. Hier liegt der Vergleichswert bei 38 Prozent. Allerdings ist der Wunsch nach einer zukünftigen rot-schwarzen Koalition stärker vorhanden als nach einer rot-roten Koalition. 49 Prozent sind für die Große Koalition; 44 Prozent für eine rot-rote Koalition. Erwartet wird hingegen eher eine Regierungsbildung mit der Linken. So vermuten 56 Prozent, dass das bisherige Modell fortgesetzt wird, 28 Prozent vermuten einen Regierungswechsel. (Alle Angaben: Forschungsgruppe Wahlen).

Auch in Brandenburg hat es eine dramatische Verschiebung auf der Agenda der wichtigsten Themen gegeben: Die Relevanz des Themas Arbeitslosigkeit sank von 71 Prozent 2009 auf 31 Prozent 2014. Auf Platz zwei liegt das Themenfeld Schule/Bildung, das seit 2009 von gut einem Viertel der Brandenburger genannt wird. Alle anderen Themen haben kaum eine Relevanz, auch nicht der Flughafen BER, der gerade einmal von 10 Prozent genannt wird. Bei der Kompetenzwahrnehmung der Parteien kann die SPD allerdings im Vergleich zur Vorwahl ihre Dominanz nicht halten. Im Bereich der Thematik Arbeitsplätze liegt die CDU gleich auf mit der SPD (jeweils 30 Prozent). Ebenso beim Thema Verkehr (beide etwa 23). In der Kriminalitätsbekämpfung liegt die CDU mit 26 Prozent vor der SPD mit 21 Prozent. Und bei der Frage der Wirtschaft hat die CDU aufgeschlossen und wird von 27 Prozent genannt, während die SPD von 34 Prozent genannt wird. 2009 war die Differenz zwischen beiden Parteien deutlich größer. Im Bereich der Schul- und Bildungspolitik liegen die drei

Parteien relativ dicht beieinander: 28 Prozent sehen die SPD, 20 Prozent die Linke und 17 Prozent die CDU als die kompetenteste Partei. Lediglich bei der sozialen Gerechtigkeit kann die Linke ihre Position halten. Hier sehen 33 Prozent das Thema bei der SPD und 30 Prozent bei der Linken. Die CDU kann somit im Vergleich zur letzten Wahl Kompetenzgewinne verzeichnen. Nur in der Frage der Zukunftskompetenz liegt die SPD mit 35 Prozent deutlich vor den anderen Parteien. Hier hat die Linke im Vergleich zur Vorwahl Einbußen zu verzeichnen. 2009 nannten 12 Prozent die Linke, 2014 7 Prozent, während die CDU ihre Position leicht ausbauen kann (von 18 auf 21 Prozent).

Obwohl nur 10 Prozent der Brandenburger den Flughafen BER als wichtigstes politisches Thema nennen, ist das Thema latent vorhanden und könnte auch eine Rolle bei dem sehr starken Rückgang der Wahlbeteiligung gespielt haben. 77 Prozent stimmen der Aussage zu „Beim Bau des Flughafens Berlin-Brandenburg hat die Regierung in Brandenburg total versagt.“

In den wirtschaftlichen Kerndaten ist das Meinungsklima in Brandenburg uneinheitlicher als in den anderen Ländern, in denen auch Wahlen stattfanden (Sachsen vor zwei Wochen und Thüringen am gleichen Wahltag). Während 2009 und 2014 jeweils mehr als die Hälfte der Brandenburger ihr Land gut auf die Zukunft vorbereitet sieht (in Sachsen betrug der Vergleichswert 75 Prozent), wird vor allem die allgemeine wirtschaftliche Lage eher pessimistisch eingestuft. Gerade einmal 29 Prozent bewerten die allgemeine wirtschaftliche Lage positiv. In Sachsen waren dies 50 Prozent. Die eigene wirtschaftliche Lage wird hingegen überwiegend positiv eingestuft (60 Prozent), ein Wert, der sich kaum von anderen Ländern unterscheidet. Ausdruck der allgemeinen Skepsis zeigt sich auch in der Einstufung der wirtschaftlichen Lage zu den anderen ostdeutschen Bundesländern: Nur ein Drittel der Brandenburger sieht ihr

eigenes Land besser aufgestellt. In Sachsen sahen dies etwa drei Viertel so.

Die Einstellungen über die AfD und die Selbst- und Fremdwahrnehmung variiert nicht bei den drei Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Auch in Brandenburg sind die AfD-Anhänger zu 93 Prozent davon überzeugt, dass die AfD die einzige Partei sei, die die Probleme beim Namen nennt. Von allen Brandenburgern stimmen 27 Prozent der Aussage zu.

2. Das Abschneiden der Parteien³

Die **SPD** ist seit 1990 in Brandenburg immer stärkste Partei. Doch von ihrem Spitzenergebnis von 1994 mit 54,1 Prozent ist sie weit entfernt. Seit 2004 mobilisiert sie etwa ein Drittel der Brandenburger Wähler, so wie auch bei dieser Wahl. Mit 31,9 Prozent kann sie mit leichten Verlusten (-1,1 Punkte) ihr Vorwahlergebnis etwa halten. Ein Vergleich der Nettostimmen macht aufgrund der stark gesunkenen Wahlbeteiligung wenig Sinn. Die Fraktion der SPD wird 30 Abgeordnete umfassen (-1 Mandat). Die SPD hat im Vergleich zur Vorwahl 10 Direktmandate zusätzlich gewonnen, so dass 2014 29 direkt gewählte Abgeordnete im Landtag sitzen werden.

Die **Linke** verliert 8,6 Punkte und wird von 18,6 der Brandenburger gewählt. Sie wird 17 Abgeordnete in das Parlament schicken (-9). Im Vergleich zur Vorwahl hat die Linke nur noch 4 Direktmandate, 17 hat sie verloren. Nachdem sie anfangs – wie in allen neuen Ländern – eher schwache Ergebnisse erzielte und dann ab Ende der 1990er Jahre ihre Position im Parteiensystem ausbauen konnte, ist sie jetzt wieder auf das Anfangsniveau zurückgefallen. Mit 18,6 Prozent erzielt sie ihr zweitschlechtestes Ergebnis.

³ Vorläufiges amtliches Endergebnis.

Ihre Leistung in der Regierung wird mit 0,6 im Vergleich zur SPD mit 1,7 deutlich schlechter bewertet und sie blieb sowohl thematisch als auch personell schwach. Die Linke profitierte lange Jahre (eigentlich Jahrzehnte) von ihrem Protestimage. Dies hat in Brandenburg gelitten, was sich daran zeigt, dass sie von den etablierten Parteien die meisten Wähler an die AfD verloren hat.

Die **CDU** ist in Brandenburg traditionell in einer eher schwachen Position. Bei dieser Wahl ist sie jedoch zur zweitstärksten Partei geworden. Mit einem Zuwachs von 3,2 Punkten und einem Ergebnis von 23 Prozent schließt sie an ihre besseren Ergebnisse wieder auf. Die CDU gewinnt zwei Mandate hinzu und kann 21 Parlamentarier entsenden. Hatte sie bei der letzten Wahl nur 4 Direktmandate gewinnen können, sind es 2014 10.

Die CDU profitiert insgesamt von einem Kompetenzzuwachs und einer positiveren Wahrnehmung ihres Spitzenkandidaten, was sicherlich auch als Folge der innerparteilichen Befriedung zu werten ist.

Die **AfD** erreicht 12,2 Prozent der Stimmen und wird mit 11 Abgeordneten, die alle über die Liste gewählt sind, in das Parlament einziehen. Die AfD dient auch in Brandenburg als Staubsauger einer bunten Wählermischung. Die Ähnlichkeit der Wählermobilisierung mit den Piraten ist auffällig. Die Piraten zogen innerhalb eines kurzen Zeitfensters hintereinander in vier Landtage ein (Berlin: 2011; Saarland, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen: 2012). Danach verebbte ihre Siegesserie. Auch sie konnten bei allen Wahlen aus allen politischen Spektren Wähler mobilisieren. Dabei gab es auch immer wieder kleine Unterschiede in der Zusammensetzung der Wählerschaften. Der größte Wählerzustrom der AfD in Brandenburg stammt von der Linken. Aber auch dies verdeutlicht ihre Attraktivität für Wähler ohne klare ideologische Ausrichtung, vermutlich ohne Parteiidentifikation und mit einer Neigung zur

Protestwahl. An dieser Stelle sollte auch erwähnt werden, dass in Brandenburg die DVU zweimal in das Parlament einziehen konnte (von 1999-2009). Regional haben DVU und AfD ähnliche Schwerpunkte. Bei der AfD-Wählerschaft dominieren Protestmotive. 63 Prozent geben an, sie hätten die Partei aus Enttäuschung gewählt. Insgesamt nennen 29 Prozent Enttäuschung als Motiv.

Die **Grünen** werden in Brandenburg von 6,2 Prozent gewählt, was einem Plus von 0,5 Punkten entspricht. Die 6 Abgeordneten (+1) ziehen alle über die Liste ein. In den vorliegenden Daten zeigt sich lediglich, dass die Partei gegenüber der Vorwahl stabil bewertet wird. Sie zieht nach 2009 nun zum zweiten Mal in Folge in das Parlament ein, nachdem ihr außer 1990 der Sprung über die Fünf-Prozent nicht gelang.

Die **FDP** wird auch im Brandenburger Landtag nicht mehr vertreten sein. Sie verliert 5,8 Punkte und wird von 1,5 Prozent der Brandenburger gewählt. Außer 1990 war die FDP nur in der letzten Legislaturperiode im Parlament vertreten. Brandenburg war schon immer ein besonders schweres Gebiet für die FDP. Trotz ihres Einzugs in das Brandenburger Parlament 2009, wurde sie auch damals eher negativ bewertet. Mittlerweile ist das Imageverlust in Brandenburg sehr stark.

Die **BVB/Freie Wähler** wird im Brandenburger Landtag mit 3 Abgeordneten repräsentiert sein. Dies liegt an der Besonderheit des Wahlrechts, dass bereits ein gewonnenes Direktmandat zur proportionalen Zählung aller Stimmen auch unter der Fünf-Prozent-Klausel reicht. Bekannt ist dies aus dem Bundeswahlrecht. Dort reichen drei Direktmandate nicht nur für den Einzug der gewählten Abgeordneten, sondern auch für die Besetzung von Mandaten entsprechend des prozentualen Anteils. Die Partei erhält insgesamt 2,7 Prozent (+1,0 Prozent). Das Wahlergebnis ist auf einen personalisierten Effekt

zurückzuführen, da der Kandidat in Teltow-Fläming III, Christoph Schulze, seit 1990 als Direktkandidat für die SPD im Landtag saß.

Die **Wahlbeteiligung** ist um 19,1 Punkte gesunken. 47,9 Prozent der Brandenburger gingen zur Wahl. Allerdings hatte die Wahlbeteiligung 2009 mit 67 Prozent einen Rekordstand erreicht (nur 1990 lag sie um 0,1 Punkte höher), da die Landtagswahl 2009 zeitgleich mit der Bundestagswahl stattfand. Allerdings ist dies die niedrigste Wahlbeteiligung in Brandenburg. Vor dem Hintergrund eines vermeintlich gelaufenen Rennens, bei dem wohl niemand ernsthaft daran zweifelte, dass die SPD wieder die Regierung anführen wird und wenig polarisierenden Streitthemen war eine niedrige Wahlbeteiligung wahrscheinlich. Ob der Verdruss über BER daran einen Anteil hat, kann nicht ermittelt werden. Zudem kann die Ausweitung des Wahlrechts auf die Altersgruppe der 16- bis 17-Jährigen einen Effekt haben, da die jüngeren Wählergruppen überdurchschnittlich der Wahl fern bleiben. Aufschluss darüber kann allerdings erst die repräsentative Wahlstatistik liefern.

3. Die Wählerwanderungsbilanz⁴ und das Abschneiden in verschiedenen Bevölkerungsgruppen⁵

Die **SPD** gibt in alle Richtungen Wähler ab. Vor allem verliert sie Wähler durch die gesunkene Wahlbeteiligung. 85.000 Wähler bleiben dieses Mal den Urnen fern. 12.000 SPD-Wähler wechseln zur AfD und 10.000 zur CDU. Weitere 2.000 entscheiden sich für die Grünen. Die SPD kann jedoch auch einige Wähler gewinnen: von der Linken 7.000 und von der FDP 3.000 Stimmen.

⁴ Wählerwanderungsbilanz: Infratest dimap Wahlanalyse. Die Wählerwanderungsbilanz bezieht sich auf Vergleichswerte der Landtagswahl 2009.

⁵ Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap.

Die SPD kann den hohen Zuspruch bei den älteren Wählern ohne Verluste halten. Verluste gehen auf Abwanderungen in den jüngeren Altersgruppen zurück. Gegen den Trend gewinnt sie bei Wählern mit einem niedrigen Bildungsniveau hinzu.

Die Verluste der **Linken** gehen auf überdurchschnittliche große Abwanderungen an das Nichtwählerlager zurück. 115.000 Wähler bleiben zu Hause. Weitere 20.000 wechseln zur AfD. Die SPD kann 7.000 Stimmen gewinnen. Von der FDP und den Grünen kommen jeweils 3.000 Wähler.

Bei der Linken gehen die Verluste auf Abwanderungen in fast allen Gruppen zurück. Besonders stark hat sie bei Arbeitslosen und Männern in der Altersgruppe von 45-59 Jahren verloren.

Die **CDU** hat ebenfalls in Folge der gesunkenen Wahlbeteiligung Verluste gegenüber dem Nichtwählerlager. 36.000 Wähler der CDU bleiben der Abstimmung fern. 18.000 Wähler entscheiden sich für die AfD. Von den anderen Parteien kann die CDU hingegen Wähler mobilisieren: Von der SPD 10.000, von der FDP 7.000, von den Grünen 2.000 und von der Linken 1.000.

Die CDU kann in mittleren Altersgruppen aber auch bei Beamten und Selbstständigen überdurchschnittlich hinzugewinnen. Ihre Wählerstruktur ist insgesamt verhältnismäßig ausgewogen.

Die **AfD** kann gegen den Trend auch aus dem Nichtwählerlager Stimmen gewinnen. 12.000 ehemalige Nichtwähler votieren für die Partei, ein Effekt, der auch bei allen anderen Protestparteien in der Vergangenheit typisch war. Innerhalb des Parteienspektrums kann sie vor allem aus dem Lager der „sonstigen“ Parteien Wähler mobilisieren. Allerdings ist bei den 27.000 Wählern ungewiss, von welchen Parteien sie genau kommen. Von

den etablierten Parteien hat die Linke den größten Abwanderungsstrom zu verzeichnen. 20.000 ihrer ehemaligen Wähler entscheiden sich für die Protestpartei. 18.000 kommen von der CDU; 17.000 von der FDP, 12.000 von der SPD und 1.000 von den Grünen. Rechnet man diese Werte auf die Zusammensetzung des AfD-Potentials um ergibt sich folgende Zusammensetzung der AfD-Wählerschaft: Etwa (Werte gerundet) 22 Prozent der AfD-Wähler stammen von den „sonstigen“ Parteien. 16 Prozent kommen von der Linken, 15 Prozent von der CDU und 14 Prozent von der FDP. Jeweils 10 Prozent der AfD-Wähler kommen von der SPD und dem Nichtwählerlager. Betrachtet man umgekehrt, wie viele ehemalige Wähler ihre Partei zugunsten der AfD verlassen haben, ergeben sich folgende Prozentwerte (Werte gerundet): Die FDP verliert 17 Prozent ihrer Wähler an die AfD, die CDU 7 Prozent, die Linke 5 Prozent und die SPD 3 Prozent.

Die AfD mobilisiert mehr Männer als Frauen und ist bei den Männern in den mittleren Altersgruppen (25-34 Jahre) überdurchschnittlich erfolgreich. Besonders gut schneidet sie bei Befragten mit einem mittleren Bildungsniveau ab. Auch bei Arbeitern erzielt sie einen über dem Durchschnitt liegenden Zuspruch.

Die Mobilitäten im Lager der **Grünen** bewegen sich insgesamt auf einem niedrigen Niveau. 7.000 Wähler bleiben bei dieser Wahl zu Hause. 3.000 wechseln zu Linken und 2.000 zur CDU. Von der SPD und der FDP kommen jeweils 2.000 Wähler zu den Grünen.

Die Grünen werden vor allem in den jüngeren Altersgruppen unterstützt und dort bei jungen Frauen (16-24 Jahre). Stärkeren Rückhalt finden sie auch bei Selbstständigen.

Die **FDP**-Wähler wandern in alle Richtungen ab. 41.000 bleiben der Wahl fern. 17.000 geben ihre Stimme der AfD, 7.000 der CDU und jeweils

3.000 gehen zur SPD und zu der Linken. Die Grünen gewinnen 2.000 Wähler.

Die FPD verliert in allen Wählergruppen. Am stärksten sind die Verluste bei Selbstständigen.